

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., auch für Auslandsmög-
lichkeiten. Bestellungen werden von allen
Verlagsstellen angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Namenangabe:
„Saale-Ztg.“ gefast.
Herausgeber der Zeitung Nr. 2255: der
Verleger Dr. 2252; Geschäftsstelle Nr. 176;
Redaktionsstelle (Markt 24) Nr. 2256.

Saale-Beitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Wochen die Spaltenzeitung über dem
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. bezogen, und in der Provinz
alle anderen Anzeigenstellen
und allen Anzeigen-Expeditoren ein-
genommen. Resten die Seite 75 Pf.
Erhalten wöchentlich postfrei;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst zweimal täglich.
Schreibleitung und Haupt-Verlags-
stelle: Saale, Gr. Braunschweiger 17;
Redaktionsstelle: Markt 24.

Nr. 589.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 16. Dezember

1905.

Politische Wochenschau.

Das preussische Abgeordnetenhaus übernahm die
Kontrolle zum Einkommensteuergesetz und der Entwurf eines
Gesetzes zum Vermögensabgabengesetz an eine Kommission
von 21 Mitgliedern. Besondere die erste Sitzung der Kom-
missionvorsitzende, die gleichfalls einer Kommission anvertraut
wurde, an zwei Sitzungstagen und ging nach Erörterung
der Interpellation v. Savigny über den Zusammenbruch des
Altenbergs Tunnel in die Ferien. Die Debatte über den
Schulgesetzentwurf hielt sich in rein sachlichen Bahnen.
Gerade dies trug dazu bei, die große Gefährlichkeit der
Vorlage besonders deutlich hervorzuheben. In der
geringeren die Oppositionskräfte, wie es fast den Anschein hat,
im Abgeordnetenhaus ist, desto kräftiger wird sich die
Agitation im Lande entfalten. Sie hat bereits begonnen.
Es ist notwendig, daß alle Körperlichkeiten, Vereinigungen
und Verbände, die eine moderne rein pädagogische Er-
ziehung in den Volksschulen wollen, zum Kampfe gegen den
Entwurf so bald als möglich mit ihrem Protest auf dem
Papiere erscheinen. Auch die Städte können nicht untätig
einer Vorlage gegenüber bleiben, welche die Rechte der
städtischen Selbstverwaltung illusorisch macht. Das die
Ultranationalen und Orthodoxen noch nicht zufrieden mit den
Bestimmungen des Entwurfs sind, mag man gern glauben;
sie werden erst dann zufrieden sein, wenn in der Volks-
schule nichts anderes mehr als Dödelgeschichte gelehrt werden
kann. Im Reichstag wurde die erste Sitzung des Tages, des
Volltagessitzung und der Reichstagsmanöver zum Ende geführt.
Seiner ersten beiden Reden ließ Fürst Bülow im Laufe der
Debatte eine dritte und vierte folgen. In seiner dritten
Rede behandelte er die Kolonialreform und den Fall Jaurès.
Er erwiderte dabei auf Bebel's erste Etappe, in der der
Führer der deutschen Sozialdemokratie erklärt hatte,
daß die Sozialdemokraten es sich noch nicht überlegen
würden, ehe sie mit in den Krieg zögen. Bülow
konnte dabei auf die französische Sozialdemokratie
verweisen, die sich antipatriotische Bestrebungen, wie sie
Bebel in der Verlegung der Heeresfolge angeknüpft hatte,
weit von sich abwarf. Eine großartige Kritik der ge-
sellchaftlichen Lage fandte Graf Pofadowsky zu geben, der in
einer Art „Wahrspruch“ den besiegten Klassen Materialis-
mus vorwarf und sie zu sittlichem Ernst aufrief. Welche
Stimmungen seine Warnung ausgelöst hat, ergab sich aus
den verschiedenen Angriffen, mit denen besonders die Rechte
des Reichstags und das Zentrum den Witzkanzler bedachte.
In einer zweiten Etappe glaubte Bebel seine Durch-
brechungsversuche der auswärtigen Politik des deutschen
Reiches als wahre Friedenspolitik dem Volke empfehlen
zu können. Fürst Bülow ergriff daher die Gelegenheit, um
in einer höchst interessanten Kritik die sogenannte Friedens-
politik der Sozialdemokratie als das abwertigen, was sie
ist, als den Versuch, das Deutsche Reich in einen feindlichen
Gegensatz mit dem europäischen Reich zu bringen. Diese
Rede, die wir noch ausführlicher niederzulegen gedenken,
gehört zu dem Besten, was Fürst Bülow überhaupt im
Reichstage gesprochen hat. Sie dürfte eine nachhaltige
Wirkung ausüben, wenn es ihr gelänge, bis zu den
Schritten vorzudringen, an welche sie gerichtet ist. Leider
aber ist bei den gegenwärtigen Presseverhältnissen eine
solche Möglichkeit nur in sehr vermindertem Maße vor-
handen. Der Reichstag genehmigte den deutsch-bulgarischen
Handelsvertrag und das Handelsprovisorium mit England,
trotz des Widerstandes des Grafen Reventlow, und nahm
auch die Bahn-Erderschuld-Rubik in zweiter Lesung an.
Abg. Erzberger richtete sehr detaillierte Vorwürfe gegen die
Kolonialverwaltung. Es konnte ihm nicht in der Weise
entgegengewahrt werden, daß man den Eindruck hätte haben
müssen, daß die Erzberger'schen Vorwürfe unbegründet seien.
Wielmehr scheint der Abg. Erzberger in wesentlichen Punkten
völlig recht zu behalten. Eine böse Weibnachtsbeleidigung
wurde die Anklage eines vierten Nachtragsartikels für
Südmexikafrika im Betrage von 30 Millionen Mark. Daß
auch dieser Nachtragsartikel noch nicht der letzte sein wird, ist
ganz sicher anzunehmen.

General Trotha legte am Freitag in die Heimat zurück,
und wurde festlich empfangen, wobei ihm der Orden pour
le mérite überreicht ward. Im Königlich Sachsen kam die
Wahlrechtsfrage wieder in Fluß. Die Anregung boten
die sozialdemokratischen Demonstrationen und die Inter-
pellation Goldstein in der zweiten Kammer. Minister von
Meyß erklärte die Bereitschaft der Regierung, erneut die
Initiative in der Frage zu ergreifen. Hoffentlich geschieht
auch in Preußen bald etwas zur Beseitigung des jetzigen
Dreifachwahlrechts. Hätten wir in Preußen ein gesünder
Wahlrecht, so würde der Schulgesetzentwurf ganz anders
ausgefallen sein, wie jetzt, wo man auf die große Masse der
Bevölkerung überhaupt keine Rücksicht genommen hat.
Ein deutsch-brasilianischer Zwischenfall ist am
politischen Horizont entstanden. Er wird sich vermutlich ohne
weitere Schwierigkeit im freundschaftlichsten Einvernehmen
beilegen lassen. Auch zur Beseitigung der deutsch-
englischen Antipathie, die immer mehr verrückt regt
man sich jetzt lebhafter in Deutschland. Verschiedene
Handelskammern, so u. a. die von Mannheim, nahmen
Resolutionen zur Begründung eines englisch-deutschen Ein-
vernehmens an. Der nationalliberale Verein in Magdeburg
sprach sich gleichfalls zugunsten einer Verständigung aus und
ferner richtete der Rektor der Breslauer Universität, Professor
Kaufmann, einen Appell an die Nation, um den Versöhnungs-
gedanken zu kräftigen. Die letzte Rede des Fürsten Bülow

im Reichstage dürfte ein übriges tun, um das englische
Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erlösen. In
England ist der bekannte Labouchère im „Truth“ kräftig für
den Versöhnungsgedanken eingetreten. Auch Lord Aberdeen
hat sich nochmals in bedeutsamer Weise zu der Frage ge-
äußert.

Der Kollaps der „edlen Sech“ vom „Vormärts“
ist der größte Mißschlag des Kaiserlich-Theaterlandes, den
die Sozialdemokratie in den letzten Wochen zum Besten ge-
geben hat. Sie hängen sich Herrn Bebel wieder an der
Rechtssache, nachdem er sie erst eben von sich abgestößt
und nachdem ihr Versuch, ihn mit der großen Parteimehrheit
totzuschlagen, an anfangs heftiger Verwirrung, schließlich
aber zu einem kläglichen Fiasko geführt hat. Eine Aufsehen
erregende Mitteilung produzierte Professor Bernbard, der
in Berlin bei einer Erörterung der Polenfrage erklärte,
daß die Polen das Geld, über das sie verfügen, durch eine
Fusion ihrer Banken mit zwei deutschen Großbanken er-
zielen. Eine Aufklärung hat bis jetzt auf sich warten
lassen, obwohl der Vorfall doch wahrlich Beachtung
verdient.

Mowier hat das französische Gelbbuch über
Marokko veröffentlicht. Es geht daraus wieder einmal
hervor, daß die deutsche Regierung konsequent an ihrem
Rechtshandpunkt von Anfang an festgehalten hat und daß
Delcassé nichts getan hat, um die deutsche Regierung in der
marokkanischen Frage zu orientieren, bezw. ihrem Standpunkt
gerecht zu werden. Frankreich hält auch jetzt noch offenbar
an den Vereinbarungen des englisch-französischen Vertrages
prinzipiell fest, und hofft auf der Konferenz in Algieras
über die deutsche Politik zu triumphieren. Dabei ist es
verfehlt, zu glauben, daß alle Schwierigkeiten beseitigt sind.
Wie es heißt, will England zwischen Deutschland und Frank-
reich vermitteln. Spanien, Italien und die Vereinigten
Staaten würden den deutschen Standpunkt unterstützen.
Man muß indes abwarten, was geschehen wird. In Frank-
reich neigt man nach der Veröffentlichung des Gelbbuchs
dazu, Herrn Delcassé politische Befähigung wieder mehr zu
schätzen. Der „Temps“ nennt Frankreichs bezw. Delcassé's
Marokkopolitik eine friedliche, methodische und konsequente.
Das letztere war sie und ist sie auch heute noch. Aber diese
konsequente und methodische Politik führt nicht zur Aufrecht-
erhaltung des Friedens, sondern zur Einverleibung Marokkos
in Frankreich, zur Aufhebung der Rechte dritter Staaten,
die ohne gefragt zu werden, natürlich nicht auf ihre Rechte
verzichten können und auch nicht die Absicht haben, etwas
von ihren Rechten preiszugeben.

In England hat sich der Ministertausch vollzogen.
Das Kabinett Campbell-Bannerman löste das Kabinett
Balfour ab. Es umfaßt sämtliche liberalen Gruppen; die
imperialistische ist durch vier Mitglieder vertreten. Moberley
bleibt im Kabinett fern. Er wird auch die Wahlkampagne
nicht mitmachen. Der Arbeiterführer John Burns ist in
das Kabinett eingetreten. Es ist das erste Mal seit den
vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, daß ein Kabinett
ohne Parlamentarismusehre existiert. Das alte Parlament
soll am 6. Januar aufgelöst werden, worauf die Neuwahlen
ausgeschrieben werden. In diesen hat das neue Kabinett
sich eine Mehrheit zu schaffen. Ob der Versuch gelingt, muß
die Zukunft lehren.

Die Flottendemonstration gegen die Türkei
führte zu einem Erfolg der internationalen Mächte. Der
Sultan gab in der Hauptsache nach. Die Finanzreform für
Paeconien wurde bewilligt. In Rußland dauern die
Wirren mit unveränderter Heftigkeit an. Der Ministerrat
beschloß einige Geleze zugunsten der Vereinsfreiheit der
Arbeiter, blieb aber in der Frage der Beamtenpensionen fest.
Durnowo wurde nicht entlassen. Es heißt, Witte habe einen
bestimmten Kampf gegen Dittaturlüste Ignatiev's zu führen
erlaubt. Die Militärmeutereien in Gharbin scheinen unter-
drückt zu sein. In Jüga wurde eine lettische Republik pro-
klamiert. In Polen hat die Geistlichkeit gegen die päpstliche
Bottschaft, die der Erzbischof zu erfüllen suchte, Protest
erhoben und sich der nationalen Bewegung angeschlossen.
Der Post- und Telegraphenarbeiterstreik ist noch nicht be-
endet. Im Januar soll von neuem ein allgemeiner Aus-
stand zum Ausdruck gelangen, durch den die Revolutionäre
den Sturz des Regierungssystems herbeiführen hoffen.
Einen Abbruch fanden die Verhandlungen Japans mit
China über die Mandchurie. Die chinesischo-japanische
Konvention sichert den Japanern zahlreiche Vorteile. Die
Kraantung-Kabinett wurde von ihnen bis zum Jahre 1923
gepachtet. Die durch den Krieg herbeigeführte Vorherrschaft
Japans im fernem Osten ist durch den neuen Vertrag nun
auch von China selbst anerkannt.
F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Großherzog und die Großherzogin von Medien-
burg-Schwarzburg sind gestern vormittag zum Besuche des Regenten
Kronprinz und der Kronprinzessin nach Potsdam abgereist.
Die Ernennung der deutschen Gesandten für Kopenhagen
und Christiania soll in den nächsten Tagen erfolgen. Gesandter
in Christiania wird, wie nach dem B. Z. verläutet, nicht der
bisher für diesen Posten genannte frühere Kolonialdirektor Dr.
Stäbel, sondern eine andere Persönlichkeit.
Derementwechsel in Braunschweig?
Die unerwartete Ankunft des Kaisers zum Besuche des Regenten
Prinzen Albrecht und die vor zwei Tagen hierin abgehaltene
kurze Anwesenheit des Großherzogs von Oldenburg, des zu-
künftigen Schwagerbruders des Prinzen Eitel Friedrich, in

Braunschweig haben Veranlassung zu dem in Braunschweig
kurierendestens vorläufig noch unkonkret bleibenden Entsch. gegen-
über dem Kaiser. In der Provinz regten und eine Reakti-
onstimmung nachfolte des zweiten Sohnes des Kaisers
in nicht fernster Zeit zu erwarten ist.

General v. Trotha.

Gestern vormittag erfolgte in Hamburg der Empfang des aus
Südwestafrika zurückgekehrten Generalleitnants v. Trotha.
Auf Befehl des Kaisers begrüßte General v. Bod und Wolke
Trotha. Oberst Oberdorfer überreichte ihm den vom Kaiser ver-
leihen Orden pour le mérite. Zum Schluß seiner Ansprache
bedachte der General v. Bod und Wolke ein dreifaches Glück auf
Trotha, die mit ihm zurückgekehrt sind, die ersten Truppen haben
Freie liegenden Kameraden aus. Die Kapelle des 31. Infanterie-
Regiments intonierte die Nationalhymne. Trotha erwiderte in
kurzen Worten und schloß mit einem dreifachen Hurra auf den
Kaiser.
General Trotha Antioch lautete: „Der Empfang, der mit
einer Eitelung und zu Bürgerehrer. Der Kaiser ge-
wundert durch die Ereignisse geworden ist, gerührt mit zur
höchsten Ehre und größten Freude. Ich spreche Ihnen dafür
den aufrichtigsten Dank aus. Als Soldat und Heerführer habe
ich nur meine Pflicht getan. Ich glaube mit vollem Recht aus-
sprechen zu dürfen, daß wohl noch nie ein größerer Krieg mit
solcher Hingabe durchgeführt wurde. Die ersten Truppen haben
die Unterzuchtvermahlung zu wahren, im Sinne der Krieges
Kulturministeriums erfindete. Die Verarmung des Reiches
die Einlegung von 800 Millionen, die eine Stellungnahme zu
dem Gelehrten vorbereiten soll zur Wahrung der Interessen
der städtischen Selbstverwaltung.
Der Magistrat der Stadt Braunschweig a. W. hat eine Ein-
gabe an die Regierung erwidert, in der gegen den Schulgesetz-
entwurf Stellung genommen wird.
Das Quartier Stadtbürgermeister Kollegium
nahm in seiner gestrigen Sitzung folgenden Antrag an:
„Der Magistrat wird ersucht, bei den zuständigen Stellen
die Abänderung des dem Abgeordnetenhaus vorliegenden
Gesetzesentwurf betreffend die Interzessionspflicht der
besitzenden Bevölkerung in der Weise zu beantragen, daß
nur die Stadt Braunschweig an ihren Unterzuchtvermahlung
Anstellungsberechtigt für die Verträge eintritt, sowie für
auf Grund der historischen Entwicklung ihrer Schulen die be-
stehende Simultanordnung gewahrt bleibt und für das
durch auf dem Gebiet des Schulwesens dieselbe Ausnahme-
stellung bewilligt, wie dem ehemaligen Herzogtum Nassau.
Vor allem Einlagen müßte die Stadt von dem, was an
beizett bleiben, für ihre Kosten auf Antioch eines kleinen
Bruchteiles der Bevölkerung konfessionelle Schulen zu er-
richten.“
Oberbürgermeister v. Gesehus erklärte, daß sich der Antrag
der Stadtbürgermeister mit dem vom Magistrat geplanten Vor-
geben deckt.

Protest gegen die Schulvorlage.

In der letzten Stadtbürgermeisterung der Stadt Hagen
wurde darauf hingewiesen, daß der Volksschulverwaltungs-
Gesetzesentwurf in allen Punkten, in denen die Stadt in den letzten
Jahren befreit gewesen ist, die Rechte der Stadt gegenüber
der Unterzuchtvermahlung zu wahren, im Sinne der Krieges
Kulturministeriums erfindete. Die Verarmung des Reiches
die Einlegung von 800 Millionen, die eine Stellungnahme zu
dem Gelehrten vorbereiten soll zur Wahrung der Interessen
der städtischen Selbstverwaltung.
Der Magistrat der Stadt Braunschweig a. W. hat eine Ein-
gabe an die Regierung erwidert, in der gegen den Schulgesetz-
entwurf Stellung genommen wird.
Das Quartier Stadtbürgermeister Kollegium
nahm in seiner gestrigen Sitzung folgenden Antrag an:
„Der Magistrat wird ersucht, bei den zuständigen Stellen
die Abänderung des dem Abgeordnetenhaus vorliegenden
Gesetzesentwurf betreffend die Interzessionspflicht der
besitzenden Bevölkerung in der Weise zu beantragen, daß
nur die Stadt Braunschweig an ihren Unterzuchtvermahlung
Anstellungsberechtigt für die Verträge eintritt, sowie für
auf Grund der historischen Entwicklung ihrer Schulen die be-
stehende Simultanordnung gewahrt bleibt und für das
durch auf dem Gebiet des Schulwesens dieselbe Ausnahme-
stellung bewilligt, wie dem ehemaligen Herzogtum Nassau.
Vor allem Einlagen müßte die Stadt von dem, was an
beizett bleiben, für ihre Kosten auf Antioch eines kleinen
Bruchteiles der Bevölkerung konfessionelle Schulen zu er-
richten.“
Oberbürgermeister v. Gesehus erklärte, daß sich der Antrag
der Stadtbürgermeister mit dem vom Magistrat geplanten Vor-
geben deckt.

Parteinachrichten.

— Eine große liberale Versammlung in Nord-
hann, in der am Donnerstag Reichstagsabgeordneter
Dr. Wiemer über die Aufgaben von Reichstag und Landtag
sprach, nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die am
14. d. Mts. im Saale „zur Hoffnung“ ungenau abgeleitet ver-
sammelten liberalen Bürger der Stadt Nordhann erwidern die
Reizende des entlassenen Liberalismus im völligen Einklang
mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Goldstein.
Dr. Wiemer nach eingehender Prüfung des Bedürfnisses für die
Erhaltung resp. Verklärung der deutschen Semestral-
unter Wahrung der konstitutionellen Rechte zu bewilligen, was
im Interesse der Wehrkraft des Reiches und zum Schutz des
deutschen Handels nötig ist und ohne Beschädigung in der Souve-
rität der nichtvermittelten Rechte des Reiches aufgebracht
soll. Auf das entlassene Reich erweist die Verarmung Ein-
spruch dagegen, daß der Mehrerwerb des Reiches aufgebracht
wird durch neue große Höherbelastung des Tabaks und
Bieres, wodurch zahlreiche gefährliche Krankheiten und
Sunderkrankheiten von Arbeitern in ihrem Erwerbsschicksal schwer
beeinträchtigt und außerdem die Kosten in der Bewilligung
schließen dem Konsumten, u. a. den minderbemittelten
Bevölkerungsklassen, aufgebracht werden. Ingeborgener pro-
testiert die Verarmung gegen die neue Tabaksteuer-
vorlage, durch welche aus neue eine Tausende Beschäftigung
genießende Industrie unserer Stadt schwer getroffen und somit
die Konsumen in ihrer Entwicklung gehemmt werden würde, wie
auch durch höhere Besteuerung der Arbeiter. Die Arbeiter
Stadt gefürchtet. Nachdrücklich protestiert die Versammlung aus
Gegen die geplante Besteuerung der gefährlichen Ordnung in
Gesicht der Dultungssteuer und ferner gegen die Steuer
auf Zigaretten, Koffein, Fruchtsäften und als
unbillig eines Kulturvolkes und einer Zeit im Zeichen des
Wachstums in Wirtschaften des Konsumierenden Volkes nicht
immer an Unrecht bestehende, unferne gewöhnlichen Erwerbs-
vertrieb nach wie vor schädliche Spiritus-Lieferung
an die Großgarnier, and der mehr denn 70 Millionen jährlich
zu gewinnen und ein wesentlicher Teil der Wehrforderung des
Reiches zu bedien sein würde. Die Verarmung littet Herrn
Abgeordneten Dr. Wiemer, in diesem Sinne parlamentarisch
wischen und in Wirtschaften des Konsumierenden Volkes nicht
zu billigen, jedenfalls nicht, bevor die Brauntwein-Besteuerung
bestätigt ist.

Bestrebungen.

Die Dortmund-Ems-Kanalverwaltung beach-
tigt, auch in diesem Winter wegen dringender notwendiger
Reparaturen an den Schienen den Kanal auf fünf bis sechs
Wochen vollständig im Winter zu sperren. Der wirt-
schaftlichschädlichste Teil — das Perleth — das
verkehrswichtigste Teil — das Perleth — das
neue Sollart in Kraft tritt, wird durch die Sperrung zugleich

